

AUCH FDP WILL GERINGVERDIENERN HELFEN

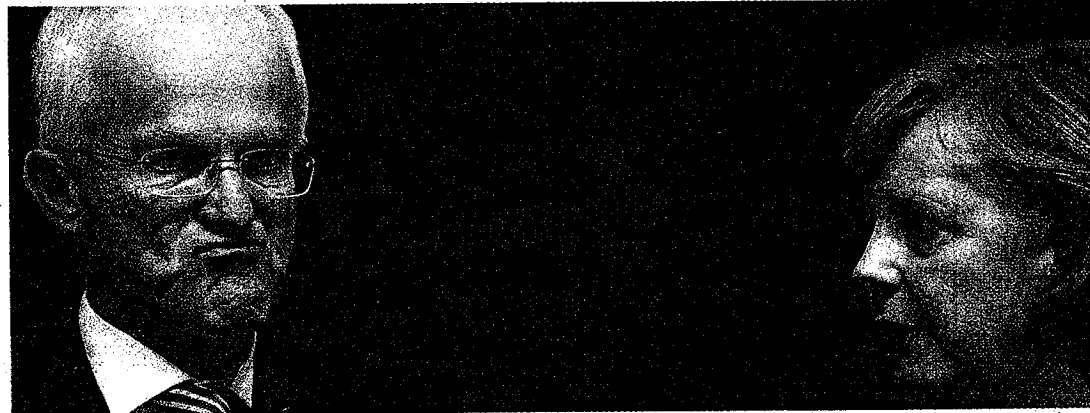
„Riester-Rente vor Staats-Zugriff schützen“

CDU-Vize Jürgen Rüttgers will Geringverdiener vor Altersarmut bewahren. Dazu soll die Mindest-Rente wieder eingeführt werden. Geringverdiener gehören jedoch auch bei der privaten Altersvorsorge zu den Verlierern. Die FDP fordert Korrekturen.

VON STEFFEN HABIT

München – Wer freiwillig für das Alter spart, soll es später einmal besser haben. Seit Jahren verweist die Bundesregierung auf das sinkende Rentenniveau und wirbt für private Altersvorsorge. Gerade für Geringverdiener wäre dies besonders wichtig – für diese Gruppe ist es allerdings oft ein schlechtes Geschäft. Der Grund: Die private Altersvorsorge wird mit der staatlichen Grundsicherung verrechnet. Ein Beispiel: Ein 65-Jähriger bekommt 520 Euro gesetzliche Rente und 100 Euro aus einem Riester-Vertrag. Er liegt damit exakt auf Sozialhilfe-Niveau. Sein ehemaliger Kollege, der genauso viel gesetzliche Rente erhält, aber keine private Vorsorge abgeschlossen hat, bekommt dank der Grundsicherung (sie liegt bei etwa 620 Euro im Monat) allerdings genauso viel.

„Wir haben eine riesige Gerechtigkeitslücke“, beklagt der FDP-Bundestagsabgeordnete Jörg Rohde. „Für Geringverdiener fehlt der Anreiz, eine private Altersvorsorge ab-



Auf Distanz: Kanzlerin Angela Merkel lehnt Rüttgers' Vorstoß für eine Mindest-Rente ab.

FOTO: DDP

Mindest-Rente

Geringverdiener sind massiv von Altersarmut bedroht. Dies zeigen Berechnungen des Arbeits- und Sozialministeriums in Nordrhein-Westfalen (siehe Grafik). Danach bekommt ein Arbeitnehmer, der 47 Jahre für einen Stundenlohn von 7,50 Euro gearbeitet hat, im Jahr 2030 eine Rente von gerade mal 532 Euro. Bei einem Stundenlohn von 10 Euro sind es 710 Euro im Monat. Würde die **Rente nach Mindesteinkommen** wieder eingeführt, käme der Arbeitnehmer auf eine monatliche Rente von gut 768 Euro. Die sogenannte Mindest-Rente galt bis 1992. Geringverdiener, die heute in den Ruhestand gehen, haben davon noch profitiert (siehe erste Spalte). Insgesamt sind derzeit mehr als **680 000 Rentner auf Grundsicherung** im Alter angewiesen.

Renten von Geringverdienern			
Stundenlohn	Heute nach 47 Arbeitsjahren	2030 nach 47 Arbeitsjahren	2030 nach 47 Arbeitsjahren mit Rente nach Mindesteinkommen
6,00 €	650,24 €	426,31 €	639,47 €
6,50 €	704,42 €	461,84 €	692,76 €
7,00 €	758,61 €	497,37 €	746,05 €
7,50 €	789,94 €	532,89 €	768,59 €
8,00 €	804,51 €	568,42 €	768,59 €
8,50 €	819,08 €	603,94 €	768,59 €
9,00 €	833,65 €	639,47 €	768,59 €
9,50 €	848,22 €	675,00 €	768,59 €
10,00 €	862,79 €	710,52 €	768,59 €

Grafik: MM/Repro

Quelle: Arbeits- u. Sozialministerium NRW

Parteitags-Beschluss

Der Rentenvorstoß von CDU-Vize Jürgen Rüttgers ist durch einen Parteitagsbeschluss gedeckt – darauf verweist jetzt der Arbeitnehmerflügel der CDU. Die Partei habe auf ihrem **Leipziger Reformparteitag 2003** für langjährig Versicherte eine Rente oberhalb der Grundsicherung gefordert, erklärte der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Nordrhein-Westfalens Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU). Wörtlich lautet der Beschluss: „Ziel der CDU ist, dass langjährig Versicherte, die immer Vollzeit beschäftigt waren, eine **Rente mindestens 15 Prozent oberhalb der jeweils gültigen Sozialhilfe** erhalten.“ Die CDU täte gut daran, sich an diesen Beschluss zu erinnern und Rüttgers zu unterstützen, forderte Laumann.

zuschließen.“ Dabei wäre dies dringend nötig. Denn durch die Reformen der vergangenen Jahre ist das Rentenniveau drastisch gesunken. Um überhaupt Sozialhilfe-Niveau zu erreichen, muss man bei einem Monatsverdienst von 1850 Euro brutto mindestens 35 Jahre arbeiten. Bei einem Einkommen von 1625 Euro sind es sogar 40 Jahre.

Im Gegensatz zu CDU-Vize Rüttgers plädiert Rohde nicht für eine Mindest-Rente, sondern für stärkere Anreize zur privaten Zusatzvorsorge. „Wir wollen, dass möglichst viele Rentner ohne staatliche Förderung auskommen.“ Die FDP-Fraktion im Bundestag fordert daher Freibeträge. So sollen die ersten 100 Euro aus beispielsweise einem Riester-Sparvertrag nicht mit der Grundsicherung verrechnet werden. Darüber hinausgehende Alterseinkünfte bleiben bis zu 20 Prozent anrechnungsfrei.

Bisher hat die Bundesregierung Änderungen strikt abgelehnt. Sie fürchtet gewaltige Mehrausgaben. Anfang Mai findet die Anhörung zum FDP-Antrag im Bundestag statt. Angesichts der neuen Debatte über die wachsende Altersarmut bei Geringverdienern hofft Rohde auf einen Lernprozess in der Koalition. Die Zeit drängt: „Wenn es sich einmal herumgesprochen hat, dass sich Riester für Geringverdiener nicht lohnt, schließt niemand mehr einen Vertrag ab“, warnt der FDP-Politiker. Langfristig bedeute dies, „dass der Staat noch tiefer in die Tasche greifen muss“.

MÜNCHNER MERKUR, 23.4.08